

## Deutsche von Contras in Nicaragua entführt

# WO "TERRORISMUSBEKÄMPFUNG" GANZ VERKEHRT WÄRE

5 Dreieinhalb Wochen dauerte ein "Geisel-Drama" aus dem so recht kein Drama werden wollte;  
- obwohl der pure Tatbestand alles an üblichen 'Indizien' für ein solches Szenario geboten hätte:  
Acht reindeutsche Staatsbürger wurden am Pfingstsonntag auf fremdem Territorium von  
bewaffneten Gegnern der dort ansässigen Regierung überfallen und verschleppt. Um das Leben  
deutscher Staatsangehöriger konnte, wer wollte durchaus begründet fürchten.

10 Ein echter Fall von "menschenverachtendem Terrorismus", mochte man meinen. - Hatte nicht erst  
jüngst der Führer der freien Welt getönt und bewiesen, daß jeder West-Bürger als eine kleine  
US/NATO-Fahne zu betrachten sei, und ein Angriff auf diese allemal ein Bombardement  
rechtfertigt? Und wer sich noch an Mogadischu erinnert, weiß, daß unsere bundesrepublikanische  
15 Staatsmacht schon früher kein Pardon gegen Menschenleben kannte, als es galt, in ihrem Namen  
dem "Weltterrorismus" zu wehren.

Auf den ersten Blick eigenartig nahm sich dagegen die politische Behandlung dieses Terrorakts  
gegen deutsche Zivilpersonen in Nicaragua aus. Eigenartig wohl gerade deshalb, weil es diesmal  
keiner einzigen Propagandalüge bedurfte, um den Zusammenhang zwischen Tätern und  
Hintermännern herzustellen. Die Verbindungen der antisandinistischen Terrorgruppen reichen  
20 bekanntlich bis in höchste amerikanische Administrationskreise, ihre Zielsetzung wird im Prinzip  
auch von der deutschen Bundesregierung unterstützt.

### ***Wo Terroristen "Freiheitskämpfer" sind...***

Ganz offensichtlich sollte im Fall dieses Kidnappings kein abgrundtief verwerflicher Zweck  
25 verwirrter Gehirne ausgemacht werden; vielmehr bemühte sich der - natürlich sofort - im  
deutschen Außenministerium eingerichtete Krisenstab zuerst um die richtige Sprachregelung:  
Kein verachtenswerter Terrorismus mit Verästelungen bis ins tiefste Reich des Bösen, sondern  
eine simple, "unbegründete Entführung" stand zur Behandlung an. Tagelang wurden optimistische  
Bulletins herausgegeben: Die Verschleppten seien "wohlauf", es gehe ihnen "den Umständen  
30 entsprechend gut". Daß es sich diesmal bei den Tätern nicht um "räudige Hunde" handelte, die  
gejagt und zum Abschluß freigegeben gehören, konnte man der Zeitung entnehmen. Breit grinsend  
abgelichtet fanden sich dort mehrere seriös gekleidete Herren, von denen man erfuhr, daß sie die  
Anführer der Kidnapper seien und daß sie sich im sonnigen Miami gerade der  
verantwortungsvollen Aufgabe widmeten, ihre Aktivitäten besser zu koordinieren. Natürlich  
35 wurden ihre Flugreisen von keinem Abfangjäger-Geschwader gestört.

Dabei entbehrt die Tätigkeit dieser Contra-Oberste nun wirklich keiner der Abscheulichkeiten, vor  
denen aufgeklärte Demokraten ansonsten - wenn es ihnen gesagt wird - in konformen Geifer und  
Schrecken ausbrechen und schon mal relevante Tourismuszweige boykottieren und lahmlegen. Es

wird kein Hehl daraus gemacht, daß ihr Krieg ein "schmutziger" ist, der jede Form des Massakers aus dem Effeff beherrscht:

5 "In der Phase der Auseinandersetzung war es die Strategie der Contras, Angst und Schrecken unter der nicaraguanischen Bevölkerung zu verbreiten. Sie wollten die Bauern zwingen, mit ihnen zu kollaborieren, jede Unterstützung der Sandinistas sollte blutig erstickt werden; der Terror sollte verhindern, daß die Regierung ihre neue, soziale Infra-  
10 Struktur auf die vernachlässigten Regionen im Innern des Landes ausweiten konnte. Die Contras machten keine Gefangenen und wenn sie eine Ortschaft kurzfristig eroberten, dann ermordeten sie, wie im August 1985 in Cuapa, die überlebenden Verteidiger." (ZEIT-Dossier, 6.6.)

Ebenso bekannt und bislang als wenig aufregend fürs öffentliche Bewußtsein befunden ist die Tatsache, daß sich der besondere Haß der Contras auf die ausländischen Unterstützer der sandinistischen Regierung richtet. Nicht sehr vielversprechend für das Leben der acht Deutschen, gab kurz nach deren Entführung ein Contra-Sprecher folgendes in einem Telefoninterview zu  
15 Protokoll:

"Für uns sind sie nicht mehr als ein Haufen kommunistischer Internationalisten, die gekommen sind, um unser Land zu besetzen und ein totalitaristisches Regime in Nicaragua einzurichten." (FrankfurterRundschau, 21.5.)

Für einen im Kampf um einen amerikahörigen Totalitarismus stehenden und besoldeten Contra ist die Gleichung einfach: Jeder, der die Regierung in Managua unterstützt, *ist* ein Kommunist, und der beste Kommunist ist ein toter. Diese Rechnung findet - ob vollständig oder nicht - in den Kurzmeldungen hiesiger Tagesblätter ihren Niederschlag. Im Februar dieses Jahres wurde ein Schweizer, Mitglied einer katholischen Hilfsorganisation, samt seinem Kleinbus in die Luft gejagt und anschließend gründlichkeitshalber noch von Gewehrgarben durchsiebt. Die übrigen einheimischen Insassen wurden als Opfer mitgezählt. Im Mai war es ein spanischer Arzt, der die Bevölkerung im Norden Nicaraguas gegen Kinderlähmung impfte, der samt einem Dutzend ansässiger Bauern bei einem ähnlichen "Zwischenfall" sein Leben ließ. Im Juni ein Belgier, der an einem EG-Entwicklungsprojekt mitarbeitete. Kubanische Lehrer und Ärzte einmal gar nicht gerechnet, weil dort die obige Contra-Gleichung - laut öffentlicher Übereinstimmung eh nicht in  
20  
25  
30 Zweifel steht.

Angesichts dieses Alltags in Nicaragua nimmt sich die gebremste Aufregung um deutschstämmiges Leben ohnehin schon fast komisch aus. In einem Land, in dem der planmäßig von außen organisierte Terror seine Totenbilanz unter den Einheimischen inzwischen in Tausendern zählt, werden sowieso nur noch gekillte und verschwundene Ausländern in deutschen  
35 Blättern einer Bemerkung für würdig befunden.

Daß dem so ist, liegt nun wirklich nicht an einer irgendwie psychisch gearteten Abhärtung des Publikums gegenüber den Schlechtigkeiten der Welt. Jeder Kratzer an einem Journalisten wird ja ansonsten auch als Verstoß gegen westliche Grundfreiheiten breitgetreten, wenn er nur von den Falschen angebracht wurde.

40 Was das Handwerk der Contras, das sich durch blankes Marodieren und Massakrieren und sonst nichts auszeichnet, so relativ ansehnlich macht, ist eben die Relation zu einern guten Zweck, der den schlichten Namen Imperialismus trägt. Da kann man sich zwar hierzulande immer noch mehr

oder weniger privat von einzelnen Methoden des dort landesüblichen Terrors distanzieren (und der Angriff auf *deutsches* Leben schafft hier das Gefühl der Berechtigung); - was jedermann weiß, ist dennoch, der Präsident der Vereinigten Staaten, unser unabdingbar "bester Freund", steht fest hinter den Marodeuren, ja, er ist - nach eigenem Bekenntnis - selbst ein Contra.

## 5 **Wo Hintermänner "Freunde" sind...**

Es mag als Kuriosum vermerkt werden, daß Reagan in eben jenen Tagen, da die Bonner Bundesregierung formal korrekt die Entführung ihrer Staatsangehörigen als "Akt der Gewalt" verurteilte, den Kongreß vehement um die Bewilligung weiterer Gelder für die Entführer anging. Ein Widerspruch aber war das nicht, schon gar kein politischer - wie SPD-Voigt unkte:

"...mit seiner neuen Forderung an den Kongreß" für die Contras 100 Millionen Dollar zu bewilligen, während noch acht entführte Deutsche in deren Händen seien, habe Reagan die deutsche Öffentlichkeit unglaublich provoziert. Sie habe eher einen politischen und finanziellen Druck der USA auf die Geiselnahmer erwarten können, die acht freizulassen. (...) Jeder Tag, um den sich die Freilassung verzögere, belaste die deutsch-amerikanischen Beziehungen." (Süddeutsche Zeitung, 11.6.)

Mit der für einen Oppositionspolitiker allfälligen Übertreibung reklamiert dieser Einwand methodisch nationale Feinfühligkeit gegen die erklärte Absicht des keineswegs in Frage gestellten Führers der Bündnisvormacht. Die Gleichzeitigkeit der deutschen Freilassungsbemühungen mit der Reaganschen Finanzforderung wird als unschön ins Bild der Einigkeit passend vermerkt.

Dabei sieht die amerikanische Regierung nicht von ungefähr die Arbeit internationaler Hilfsbrigaden für Nicaragua in genau demselben Licht wie ihre Contras: Hier sind "Kombattanten" (Shultz) einer zum Feind erklärten Staatsmacht am Werk, die sich eben als solche behandeln lassen müssen. Und auch die "deutsche Öffentlichkeit" fühlte sich nur mäßig provoziert. Ihr ist nicht erst seit jenem vertraulichen Kamingespräch Reagans mit seinen Gorillas geläufig, daß Mister President deren leichenträchtige Arbeit als "Freiheitskampf" und "nationales Anliegen" und die Killer selbst als "moralisches Gegenstück unserer Gründerväter" sehr schätzt. Es ist ja kein Geheimnis, was der Ex-Contra Chamorro als Fazit seiner Erfahrungen preisgibt:

"Die Contras sind ein Instrument der Regierung der Vereinigten Staaten und im besonderen der CIA; sie wurden von der CIA geschaffen, ausgerüstet, ausgebildet, versorgt, überwacht und gesteuert.

In dem Augenblick, in dem die Unterstützung eingestellt wird, zerfällt die ganze Organisation."

So liegt es auch ganz im amerikanischen Ermessen, wie lange noch die "dreckigen Methoden" der von ehemaligen Mitgliedern der Somoza-Garde angeführten Contras für tauglich befunden werden, um das zum Vorposten Moskaus hochstilisierte Nicaragua gefügig zu machen. Vorerst wenigstens lobt Reagan den mörderischen Einsatz der Contras als Verhinderung eines - dann wohl "sauberen" Kriegs, der - wie er verlautbaren läßt - nicht nur den verlustreichen Einsatz von "our boys", sondern auch weit mehr Ausgaben mit sich bringen würde. Das Pentagon stellt hierzu laufend neue Kosten-Nutzen-Rechnungen an.

Auf Grundlage dieser - zumindest für die Sandinistas - trostlosen Alternative erhebt der Präsident seine Forderung nach ausgedehnter finanzieller Unterstützung seiner Contra-Banden. Jüngste Enthüllungen über einen schwunghaften Kokainhandel seiner "Friedenskämpfer" nach den USA

können Reagan in diesem Vorhaben wohl kaum beirren. Denn erstens ist dies so ohne weiteres kein Ausweis von abgründiger "Gesetzlosigkeit" (ganz im Gegensatz zu der von Reagan selbst kolportierten Propagandamasche, Sandinisten seien "tief in den Drogenhandel verstrickt"); schließlich wurden mit dem Erlös Waffen für die korrekte Sache erworben. Und zweitens fällt diese Angelegenheit ins Ressort ordentlicher amerikanischer Gerichte. Hier bewährt sich die Gewaltenteilung.

Angesichts dieser ganz offiziell verhandelten amerikanischen Entschlossenheit, die Regierung in Managua zur Abdankung zu zwingen; angesichts des demokratischen Streits zwischen Repräsentantenhaus und Kongreß, der sich ausschließlich um die effektivere Variante der Erreichung dieses Kriegsziels dreht; angesichts dessen nahm sich die Wahlkampfidée des außenpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion schon recht provinziell aus. Die gekidnappten Deutschen dienten ihm zur Formulierung von Besorgnissen made in (better) Germany:

"Karsten Voigt forderte die Bundesregierung auf, angesichts der Entführung bei der US-Regierung gegen die Unterstützung der antisandinistischen Rebellen zu protestieren. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus müsse sich gegen jede Form wenden, gleichgültig ob er von Libyen, der UdSSR oder den USA unterstützt werde,... damit die bundesdeutsche Politik gegen den Terrorismus glaubwürdig bleibe." (Süddeutsche Zeitung, 20.5.)

Die Neutralität dieses Herrn war durchsichtig. Auch die USA wollte er mit glaubwürdigem deutschen Protest versehen wissen. Dafür führte er einen Wert ("Politik gegen den Terrorismus") ins Feld, von dem er wußte, daß er ausschließliches NATO-Recht ist. Wem sonst als den Herren der freien Welt steht es zu, eine ganze Palette mißliebiger Staatswesen mit dem Etikett "Terrorismus" auszuzeichnen und entsprechend zu behandeln? Was Voigt auch nur meinen wollte, war: Was den Amerikanern einen Krieg - wie jüngst gegen Libyen - wert ist, sollte einer besseren Bundesregierung zumindest einen partnerschaftlichen Einwand entlocken. Vom Vorschlag der Bombardierung des Weißen Hauses hat er ja höflich Abstand genommen. Das hätte der Glaubwürdigkeit der deutschen Sozialdemokratie empfindlich geschadet...

Insofern ist dieser Oppositionsheini nur das konstruktiv-kritische Spiegelbild derer, die derzeit als Regierung hierzulande das Sagen haben. Die Christliberalen, die dem amerikanischen Krieg gegen Nicaragua schon länger mit einem kompletten Wirtschaftsboykott zur Hand gehen, widmeten sich der peinlichen Angelegenheit - deutsche Sympathisanten einer verfeindeten Regierung freizukriegen, noch dazu von Entführern, die Geschöpfe Amerikas sind - ganz realistisch. Ohne den Eindruck falscher Hast aufkommen zu lassen, stellte sich die Bundesregierung nicht nur hinter die Vermittlungsbemühungen des feisten Wischniewski (der diesmal wohlweislich ohne GSG-9 nach Managua angereist war), sie bemühte sich auch vom ersten Tag an um die richtige Sicht des Werts der Opfer.

### **Wo Opfer "Kombattanten" sind...**

Bei den Entführten handle es sich "nicht um Entwicklungshelfer, die vom Deutschen Entwicklungsdienst entsandt worden seien", sondern um "sogenannte Brigadisten, die aus Sympathie mit der Revolution der Sandinisten auf eigene Kosten zu einem Arbeitseinsatz nach Nicaragua gereist" seien.

Vor einer vorschnellen Mobilisierung der völkischen Tränendrüsen wurde ausdrücklich mit derlei Klarstellungen gewarnt. Opfer, die sich nicht aus dem Dienst am Staatswesen ergeben oder die für die Propaganda feststehender, offizieller Feindbilder unbrauchbar sind, sind eben keine “unschuldigen Opfer”. Hier gehörte sich nicht Bedauern, sondern Entlarvung. Da reichte schon ein kleiner Hinweis auf die Reiseroute von kompetenter Stelle aus -

“Die meisten reisen mit Billigflügen über Ostberlin und Moskau in das mittelamerikanische Land, um dort die sandinistische Revolution zu unterstützen” (Entwicklungshilfeminister Warnke) -,

um deutlich zu machen, daß hier nicht die Falschesten verschleppt wurden. Die Frage des Vaters von einem der Entführten: “Was wäre in der Bundesrepublik wohl los, wenn in Mexiko acht deutsche Fußballer entführt würden?” machte zwar auf einen Unterschied aufmerksam, seine Beschwerde aber ging fehl:

“Es seien engagierte Idealisten, sie würden aber von der deutschen Öffentlichkeit in die Nähe von Kommunisten und Abenteurern gerückt. Statt ihnen den Rücken zu stärken, werden sie verdächtigt, diskreditiert und verraten”. (Süddeutsche Zeitung, 7.6.)

Idealismus für sich ist nämlich absolut kein Gütesiegel. Ihre Wertschätzung erhält diese Tugend der Zurückstellung materieller Anliegen ausschließlich durch den Bezug auf die getrennt von ihr festgestellte Brauchbarkeit. Wer meint, seine Uneigennützigkeit in den Dienst einer NATO-einvernehmlich als Feind behandelten Macht stellen zu können, ist nicht nur ein “unverbesserlicher Idealist” (“Dort ist ihr Idealismus im wahrsten Sinn des Wortes am falschen Platz” - FDP-General Haussmann); er ist zudem für alle Folgen selbst haftbar zu machen.

Infam, was sich die hiesigen Politiker samt ihrer freien Presse dazu alles haben einfallen lassen.

- Da warnte Genscher väterlich “junge Bundesbürger vor Einsätzen in Bürgerkriegsgebieten” und schob so die Schuld an der Entführung den Opfern in die Schuhe. Wer sich dort, wo die Grundwerte “Frieden in Freiheit” gerade ihre Leichen produzieren, auf die verkehrte Seite stellt, der läßt sich nicht nur—ideologisch mißbrauchen”, er “trägt auch Selbstverantwortung”.

- Da blamierte man die Opfer an ihrem Schaden.

Am Resultat ihres bedrohten Lebens wurde den Internationalisten die Abwegigkeit ihres “Idealismus” hingerieben. Wer im Ernst meint”, daß der Arbeitseinsatz von vielen Ausländern in Nicaragua die USA von militärischer Intervention abhalten würde”, kann nur ein blind besessener “Linksradikaler” sein, über den die NATO-Weltgeschichte mit Recht hinweggeht:

“Ob Washington seine strategischen Ziele in Mittelamerika von solchen Überlegungen der Linksradikalen abhängig machen würde, ist jedoch zu bezweifeln.” (SZ-Kommentar, 2.6.)

- Da wurden nach demselben realistischen Muster - weil die Amerikaner auf euch keine Rücksicht nehmen, habt ihr Unrecht - die Betroffenen an ihrem zum Scheitern verurteilten Anspruch gepackt und so herum als Feiglinge enttarnt. Wer für die Sandinistas Partei ergreift, sollte nicht auch noch am Leben hängen. Eine Lehre, die von den Contra-Truppen tagtäglich in Nicaragua praktiziert wird.

“Mittelamerikanische Bürgerkriege sind schließlich kein Indianerspiel. Aber wären die Betroffenen wirklich bereit, für den Kampf gegen die Contras das eigene Leben einzusetzen und die Bundesregierung von der Erfüllung unzumutbarer Bedingungen zu entbinden?” (SZ-Kommentar, 2.6.)

5 - Die Entführten sind die eigentlichen Erpresser. Sie bringen unsere Staatsregierung samt SPD in eine “unzumutbare” Lage. Dieser letzte Vorwurf machte Furore: Man kann doch nicht von den hier Herrschenden verlangen, daß sie - bloß wegen des Lebens einiger ihrer Bürger von der minderen, unzuverlässigen Sorte - ihre erklärten Kriegsabsichten in Frage stellen! Schließlich wird mit den amerikanischen Verbündeten am gleichen Strang gezogen, auch in Sachen Krieg  
10 gegen Nicaragua. Insofern zeugt es “von wenig Realitätssinn, wenn man jene anklagt, die helfen können, nämlich die Amerikaner.” (ebd.) Viel interessanter ist da die Frage, ob “die jungen Deutschen Waffen bei sich hatten” und damit den mit deutschen Waffen ausgerüsteten - Contras Recht genug verschafft hätten, sie als Kollaborateure nicht bloß zu entführen, sondern umzulegen.  
- Keinem wollte angesichts dieser hetzerischen Logik mehr einfallen, daß es ja wohl das  
15 Naheliegendste auf der Welt wäre, sich zu verteidigen, wenn man es sich schon zur Aufgabe gemacht hat, “wieder aufzubauen, was die Contras zerstört haben.” Schließlich fallen die Contras ja nicht deshalb nach Nicaragua ein, um Waffenscheine zu überprüfen.

### ***Wo Vermittler zu Feinden erklärt sind...***

20 Über die letztendliche Freilassung der Geiseln wollte so recht keine nationale Freudenstimmung aufkommen. Keine Karikaturisten spitzten ihre Griffel für Agitpropbildchen, die den Sieg des Guten über das tierisch Böse feierten, wie z.B. anlässlich von Mogadischu. Mochte auch “comandante Hans” Wischnewski die “hilfreiche Unterstützung” der sandinistischen Regierung lobend hervorheben - stolz war man allenfalls auf ihn, nicht aber auf diese Zusammenarbeit.

25 Denn schon während der wochenlangen “Freilassungsbemühungen” galt als verbindliche Sprachregelung, daß die eigentlichen Erpresser in Managua und nicht an den Grenzen von Honduras und Costa Rica sitzen. Den Verlautbarungen der Contras, daß es ausschließlich an der noch andauernden Macht der Sandinistas liege, wenn sie die Entführten nicht lebend davonkommen ließen, wurde viel mehr Plausibilität eingeräumt als dem naheliegenden “Rat” der  
30 nicaraguanischen Regierung, man möchte sich doch bitte ans Oberkommando der Kidnapper in Washington wenden, wenn man Druck auf die Entführer wünsche. Wer, so wurde öffentlich weniger gefragt als geantwortet, ist denn schuld an der Gefährdung deutschen Lebens? - Doch natürlich die, welche durch ihre hartnäckige Existenz den Terror herausfordern. Da es sich für jedermann ersichtlich bei dieser Art von Terror um eine westliche Kreation handelte, wurde nicht  
35 der Terror, sondern der von ihm Angegriffene zur Aufgabe aufgefordert.

Wie sagte doch Minister Warnke auf die reichlich naive Frage eines Journalisten, ob die Hilfe Managuas bei der Freilassung die Bundesregierung dazu bewegen könne, “ihre stark restriktive Entwicklungspolitik gegenüber Nicaragua zu ändern”:

5 “Die Regierung von Nicaragua hat die jetzt freigelassenen Deutschen in einem Bürgerkriegsgebiet eingesetzt, das sie selbst nicht unter Kontrolle hat. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß sie das Ihre für die Freilassung tat. Solange die nicaraguanische Regierung aber nicht aufhört, ihrerseits in den Nachbarländern Unfrieden zu stiften, wird es keine Neuzusagen an Entwicklungshilfe geben.” (Abendzeitung, 12.6.)

Solange wir also von den Nachbarländern aus Nicaragua mit Krieg überziehen lassen und der damit beabsichtigte Effekt noch nicht eingetreten ist, gibt es weder Frieden noch Geschäfte.

Eines zumindest hat die ganze Entführungs-Affäre in diesem Sinne gebracht. Der Bitte des Auswärtigen Amtes

10 “Um das Leben der Deutschen nicht zu gefährden, seien die nicaraguanischen Behörden gebeten worden, militärische Aktionen in dem fraglichen Gebiet zu vermeiden.” (Frankfurter Rundschau, 22.5.) wurde entsprochen.

15 Die Contras haben mit der Entführung also an praktischer Bewegungsfreiheit für ihre Sorte “Bürgerkrieg” gewonnen. Daß das keine zeitweilige Erscheinung bleibt, darum kümmert sich der Präsident der Vereinigten Staaten.